

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt und Anzeiger

erschienen jeden Sonntag nachmittags. — Herausgeber Nr. 11. —
Verlagsdruckerei Hohenstein-Ernstthal. —
Anzeigenpreis: 10 Pfennig die Zeile für 14 Tage. —
Anzeigenpreis: 10 Pfennig die Zeile für 14 Tage. —
Anzeigenpreis: 10 Pfennig die Zeile für 14 Tage.

Der Ring, Kautschuk, Bergkristall usw. nach der Anzeigenscheinung
in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder
sonstiger irgend welcher Natur — hat der Besteller die
Verantwortung über der Besteller zu übernehmen. —
Der Besteller ist verpflichtet, die Anzeigenscheinung
in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder
sonstiger irgend welcher Natur — hat der Besteller die
Verantwortung über der Besteller zu übernehmen. —

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Güttinggrund, Oberlungwitz, Gersdorf,
Gereuth, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Jullen, Langenschürsdorf,
Mühlbach, Callenberg, Grumbach, Eirscheim, Ruffschappel, St. Egidien, Wästenbrand,
Grüna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleißa und Rußdorf.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, Finanzamt und
des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortsgemeinden.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frick.

Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frick, für die Anzeigen Otto Frick.

Nr. 295

Bezugspreis wöchentlich 75 Goldpfennige einschließlich Ertragslohn

Donnerstag, den 20. Dezember 1923

Der Preis der einseitigen Anzeigenseite beträgt 15, der
zweiseitigen 46 Goldpfennige. Für den Nachweis werden
16 Goldpfennige berechnet.

73 Jahre

Verhüllte Entscheidung.

Im Landtage sollte, so stand es wenigstens auf der Tagesordnung, am Mittwoch die Neuwahl des Ministerpräsidenten vorgenommen werden. Im Ernst hatte im Landtage niemand damit gerechnet, daß es am Mittwoch wirklich zur Wahl kommen würde. Das Bemühen der Sozialdemokraten, die Entscheidung mindestens solange hinauszuzögern, bis ihr für den dritten Weihnachtstag vorgesehener Parteitag gesprochen hat, war schon vorher zu deutlich in Erscheinung getreten. Leider fanden sie bei dieser Taktik auch Unterstützung aus einem Teile des bürgerlichen Lagers.

Zunächst wurde der Beginn der Sitzung zweimal hintereinander um je eine Stunde verlagert. Als dann endlich gegen vier Uhr begonnen wurde, verlangten die Kommunisten, daß auch ihr Auflösungsantrag sofort mit auf die Tagesordnung genommen werde. Die Deutsche Nationalversammlung erklärte, daß sie auf alle Fälle noch vor den Feiertagen über den Auflösungsantrag abgestimmt haben wollten. Darauf wurde bei öffentlicher Interessiertheit des Hauses in die Erledigung der Tagesordnung eingetreten. Die Vorlage über die Auseinandersetzung zwischen dem Freistaat Sachsen und dem vormaligen Königs-Hause wurde, ebenso wie der Antrag auf Ergänzung der Geschäftsordnung des Landtages und auf Abänderung des Gesetzes über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten in den Rechtsausschuss zurückverwiesen. Das gleiche geschah mit dem Gesetzentwurf über die Hebertragung des staatlichen Kohlen- und Elektrizitätsunternehmens an die Aktiengesellschaft „Sächsische Werke“ in Dresden.

Zur Wahl des Ministerpräsidenten stellte der Abg. Müller (Soz.) den Antrag, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen und den Präsidenten zu ermächtigen, eine neue Sitzung zur Vornahme der Ministerpräsidentenwahl nach seinem Ermessen einzuberufen. Dem widersprach der Abg. Beutler (Deutschnat.), der den Tagesantrag stellte, daß diese Sitzung unbedingt noch vor den Feiertagen, spätestens am Sonnabend dieser Woche, stattfinden müsse. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Demokraten aber wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen, der es ermöglicht, die Wahl des Ministerpräsidenten und die Entscheidung über den Auflösungsantrag bis in das neue Jahr hinein zu verschieben.

Vor der großen Koalition?

Nach den Verhandlungen, die gestern während der zweistündigen Pause der Vollsitzungen zwischen den einzelnen Fraktionen geführt worden sind und die dazu geführt haben, daß von der Tagesordnung auch noch die Neuwahl des Ministerpräsidenten abgesetzt wurde, muß ernstlich damit gerechnet werden, daß es überhaupt nicht zur Auflösung des Landtages kommt.

Innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion hat sich der Flügel, der schon seit einiger Zeit zu der Einsicht gekommen ist, daß man mit den Methoden des Herrn Zeigner nicht ein ganzes Volk regieren kann, endlich dazu durchgerungen, Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien über ein eventuelles Zusammengehen in einer großen Koalition nach dem Vorbilde Preußens einzuleiten.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Opposition um Liebmann, Graupe, Edel und Artz in den nächsten Tagen alle Mienen springen lassen wird, um das zu verhindern. Die Gegensätze innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion sind in den letzten Tagen gespannter als je geworden, so daß hier mit ersten Konflikten gerechnet werden kann. Ob die Sozialdemokratie ihren Plan, einen neuen Parteitag zur Entscheidung anzurufen, wird durchführen können, erscheint noch als ungewiß, da die Kosten des letzten außerordentlichen Parteitages heute noch nicht voll gedeckt sind. Besonders auffällig war in der Vollsitzung des Landtages, daß sich die Sozialdemokraten in zwei Gruppen gespalten hatten, von denen die radikale unter Führung von Liebmann während der Plenarberatung bereits eifrig die Köpfe zusammensteckte und aufgeputzt verhandelte, während die andere Hälfte sich ihrerseits zusammenzogen.

Wichtigen Entscheidungen entgegen.

Von unserem Berliner Vertreter.

Wenn man auch in Berlin die Gelegenheit zur direkten Aussprache mit Frankreich begrüßt, so verheißt man sich doch nicht, was in Wahrheit hinter dem französischen Engagement zu suchen ist. Die Berliner Regierung hat in einer Pressebesprechung deutlich darauf hingewiesen. Poincaré steht Schwierigkeiten voraus. Er muß damit rechnen, daß sich der „Micum“-Vertrag nicht durchführen lasse, weil die deutsche Industrie nicht in der Lage ist, lange 27 Prozent der Produktion ohne Bezahlung abzugeben. Sie versucht vergeblich Kredite zu erlangen, wird also eines Tages erklären müssen, nicht die Mittel zu besitzen, weiter die 27 Prozent aufzubringen. Damit aber wären alle Gewinne, die Poincaré angeblich im Ruhrgebiet einheimst hat, von denen er Frankreich erzählt und die das Ruhrabenteuer bezahlt machen sollten, verloren. Die Frist des Vertrages ist an und für sich kurz bemessen. Er läuft am 15. April ab. Selbst wenn Frankreich bis dahin die Durchführung des Vertrages mit den schärfsten Mitteln erzwingen würde, müßte an diesem Zeitpunkt die Gewaltpolitik zusammenbrechen. Die deutsche Regierung soll jetzt hinter die deutsche Industrie treten, soll gewissermaßen die Bürgschaft für die Ausführung der Verträge übernehmen. Das ist der Hauptgrund, der Poincaré zu direkten Verhandlungen bewegt. Er glaubt dann mit größerem Nachdruck auf die Erfüllung dieser Verträge bestehen und vielleicht gar neue Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland einsehen zu können.

Wenn die deutsche Regierung auch weiß, wohin die Reise gehen soll, so will sie doch den Versuch unternehmen, die Verhandlungen aus diesem engen Fahrwasser auf ein breiteres Gebiet zu lenken. Damit, nur diese Verträge, an denen sie nicht mitwirken dürfte, zu sanktionieren, ist ihr nicht gebietet. Wohl oder übel glaubt sie die Frage der Ruhrbesetzung ansprechen zu müssen. Und sie stützt sich hierbei auf die offizielle englische Erklärung, die Frankreich das Recht zu dieser Besetzung abspricht. Die deutsche Regierung geht daher von dem Gesichtspunkt aus, jedes Abkommen muß, wenn es so gesehen wird, als ein freiwilliges gelten, muß jedes Zwangs entbehren und als eine Leistung im Rahmen der Reparationen gelten. Frankreich hat, sobald festgestellt wird, daß die Besetzung nicht zu Recht erfolgte, auch kein Recht, besondere Vorteile oder gar die Bezahlung der Ruhrfraktion zu beanspruchen. Beschränkt das Verhandlungsprogramm Poincarés die Verhandlungen, so wird Deutschland bemüht sein, diese Beschränkungen aufzuheben. Und es wird dabei immer auf dem Rechtsboden stehen. Denn tatsächliche Unterjochungen des Ausganges einer Angelegenheit sind immer notwendig, sobald man sie zu einer gesunden Lösung führen will. Freilich ist man in Berlin auch davon überzeugt, daß die Verhandlungen sehr bald abgebrochen werden. Und die Berliner Regierung sieht daher zwei Möglichkeiten: Entweder wird durch diese erste Verhandlung eine Versprechung aller schwebenden Fragen erreicht oder es kommt zum entschiedenen Bruch, den Deutschland auf sich nehmen muß, da es unmöglich die Forderungen erfüllen kann, die Besetzung der Ruhr als eine Tatsache hinzunehmen, an der nicht zu deuteln ist. Deutschland muß Wert darauf legen, daß das Ruhrgebiet, die Finanzquelle des nach Einnahmen suchenden Reiches, ihm wieder erschlossen wird. Und es wird daher mit besonderem Nachdruck darauf hinweisen, niemals in der Lage zu sein, Verpflichtungen zu Zahlungen oder Bürgschaften, etwa für den „Micum“-Vertrag übernehmen zu können, wenn es nicht frei über das Ruhrgebiet und seine Wirtschaft verfügen kann. Poincaré hat sich, wohlweislich durch die Erwähnung der Militärkontrolle in seiner Antwort, den Rückzug gesichert, falls er sachlichen Verhandlungen ausweichen will. Der Umstand, daß man in Ber-

lin seine Taktik durchschaut, sich also auf sie einstellen kann, muß dazu beitragen, eine Entscheidung zu ermöglichen, die in positiver oder negativer Richtung immerhin volle Klarheit bringt.

Erste, entscheidende Auseinandersetzungen, ein diplomatischer Kampf von besonderer Tragweite, ein Kampf um die deutsche Souveränität, wird Anfangs Januar seinen Anfang nehmen. Inzwischen wird sich die Berliner Regierung bemühen, die Fühlung mit den anderen Mächten aufzunehmen und zu versuchen, sie eventuell in die Verhandlungen hineinzuziehen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß es unmöglich sei, über die wichtigen Fragen, auch des Ruhrgebietes, allein mit Frankreich zu sprechen, weil die übrigen Alliierten ein Interesse an der Lösung dieses Problems ebenfalls besitzen. Und sie wird sich bei ihrer Forderung, die anderen Alliierten heranzuziehen, auf die Erklärung Poincarés stützen, er müsse sich die Entscheidung über Einzelheiten offen halten nach eingehender Rücksprache mit den Alliierten. Sehen wir ein, daß die schlechten Aussichten Frankreichs für die Zukunft den Weg zu diesen ersten Verhandlungen ebnen, erkennen wir, wie sich Schwierigkeiten für Frankreich heranhäufen: die dauernd zunehmende Mißstimmung infolge der Forderung, die Frühjahrsarbeiten, die kommende englische Arbeiterregierung, die wahrscheinlich sich gegen die weitere Besetzung der Ruhr wenden, die Gutachten der Sachverständigen-Kommissionen der Reparationskommission, so erhalten wir daraus schon die Verpflichtung, nunmehr alles darauf anzulegen, um den Fragenkomplex der Erörterung zu unterbreiten, der zusammengehört, als Einheit behandelt werden muß und allein eine Sichtung der verschwommenen Verhältnisse in Europa ermöglicht. Die Erklärung der Berliner Regierung vor der Presse zeigt Entschlossenheit und ist als erster Vorstoß aufzufassen. Wir werden wahrscheinlich noch ehe die Verhandlungen beginnen, hören, wie Poincaré sich bemühen will, die deutsche Pläne zu durchkreuzen. Ablehnen wird er jetzt die Verhandlungen nicht mehr können, denn es ist deutscherseits beabsichtigt, die Fragen zuerst anzuschneiden, die Poincaré aufwirft, und als logische Folgerung die Besprechung der nebenherlaufenden, mit diesen Fragen verquideten Probleme aufzurollen.

Die Rentenmarkt

wird vor der Entwertung gesichert.

Das W. L. B. meldet halbamtlich:

Am Dienstag fand in den Räumen des Reichswirtschaftsrates die erste Aufsichtsratsitzung der Deutschen Rentenbank statt.

Nach einem eingehenden Bericht des Vorstandes über die gegenwärtige Geschäftslage und die bisherigen Maßnahmen der Verwaltung wurde in der sich anschließenden Aussprache übereinstimmend die Auffassung vertreten, daß die Rentenbank als das gegenwärtig fest fundierte deutsche Zahlungsmittel unbedingt vor allen schädlichen Einflüssen bewahrt werden müsse. Im Zusammenhang hiermit wurde ein auf der Tagesordnung stehender Antrag des Reichsfinanzministers erörtert, der Aufsichtsrat solle gemäß §§ 5 und 14 der Satzung den Verwaltungsrat ermächtigen, unter bestimmten Voraussetzungen der Reichsregierung einen Zusagekredit über die in der Rentenbankverordnung vorgesehenen 1200 Millionen hinaus zu gewähren.

Reichsfinanzminister Dr. Luther vertrat persönlich den Antrag, indem er vertrauliche Ausführungen über die in den nächsten Wochen und Monaten zu erwartenden Rechnergebnisse, sowie über die planmäßig zu erzielenden Ersparnisse in den Reichsausgaben machte und insbesondere betonte, daß es sich nur um einen vorübergehenden Kredit handele, der keine Inflationserwartung habe.

Der Aufsichtsrat folgte jedoch der Anregung des Verwaltungsrates und lehnte nach Anhörung verschiedener Redner, die der Besorgnis Ausdruck gaben, daß ein weiterer Reichskredit das Vertrauen in die Rentenbank untergraben könnte, den Antrag des Reichsministers als zurzeit nicht begründet ab.

Mit Bedauern wurde davon Kenntnis genommen, daß die Banken teilweise bei der Weitergabe der für die Wirtschaft bestimmten Rentenmarktkredite gegenüber dem Reichsbankrat von 10 Prozent für das Jahr un-